

# mittendrin

Ausgabe 01 / 2012  
Information des  
Bezirksvorstandes  
und der BVV-Fraktion  
DIE LINKE Berlin-Mitte



Eine starke Oppositionspolitik – im Parlament und auf der Straße

## Offensiv in die Opposition

*Kampf gegen soziale Einschnitte auf der Tagesordnung*

**N**ach dem mehr als ernüchternden Ausgang der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im vergangenen Jahr muss und will DIE LINKE sich jetzt schnell als starke und handlungsfähige Oppositionskraft beweisen. Das gilt umso mehr, als wir eine Neuauflage der Großen Koalition bekommen haben. Ein Rückfall in alte Zeiten von Filz und Korruption droht, die Affäre um den zurückgetretenen Justizsenator Braun deutete es an. Vor allem aber droht eine Politik zugunsten privater Unternehmen und besser situerter Menschen, zu Lasten von sozialer Ausgrenzung betroffener Berlinerinnen und Berliner.

Öffentlich geförderte Beschäftigung wurde gestrichen. Zu der von vielen Verbänden geforderten Erhöhung der Wohnkosten für

Menschen mit Hartz IV wird geschwiegen. Stattdessen bekennt sich Rot-Schwarz zu Einsparungen im Sozialbereich. Angesichts der drohenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise verheißt das nichts Gutes. Der Kampf gegen soziale Einschnitte in Berlin steht auf der Tagesordnung.

Mit Rot-Schwarz ist die Berliner Betonfraktion in den Senat zurückgekehrt. Wir kennen die Liebe von SPD und CDU zu prestigeträchtigen Großprojekten schon aus den 1990er Jahren. Verkehrspolitisch fragwürdig, aber teuer ist der Ausbau der A 100. Dabei wird es nicht bleiben. Wir kämpfen für die soziokulturellen Projekte in der Innenstadt, teuren und unsinnigen Großvorhaben gilt unser Widerstand.

Statt demokratischer Kontrolle städtischer Infrastrukturen setzt der neue Senat wieder

auf Profitsicherung. Deutlich wird das bei der angekündigten Teilausschreibung des S-Bahn-Netzes. Wir wollen zusammen mit dem S-Bahn-Tisch das Volksbegehren zum Erfolg führen und hier hohe Hürden errichten. Aber auch bei Energieversorgung und Energienetzen sind wir schon jetzt im Gespräch mit außerparlamentarischen Partnern, um Druck für eine Rekommunalisierung zu erzeugen. Schluss mit der Macht der Energiekonzerne lautet unsere Devise. Erneuerbaren, dezentral erzeugten Energien gehört die Zukunft. Und schließlich bleiben wir auch beim Thema Wasser am Ball. Die Raub- und Beuteverträge von 1999 mit RWE und Veolia stellen wir politisch in Frage, wie es keine andere Partei in Berlin tut. Wir werden Druck machen!

Schließlich wird es auch bei der Mietentwicklung und beim Kampf gegen Verdrängung nicht ohne Druck abgehen können. Wir müssen inhaltlich zulegen, aber auch verlorenes Vertrauen bei manchen außerparlamentarischen Partnern wieder zurückgewinnen.

All das wird uns politisch und organisatorisch vor enorme Herausforderungen stellen. Nur gemeinsam mit Bündnispartnern aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft können wir erfolgreich sein. Auf einer stadtpolitischen Konferenz im Juni wollen wir das diskutieren, was wir im ersten Halbjahr in der Partei gemeinsam entwickelt haben. Aber wir müssen auch darüber miteinander sprechen, wie wir organisatorisch besser werden, wie wir mobilisierungsfähig bleiben und attraktiver für neue Mitglieder werden können. Dazu bereiten wir für April eine Basiskonferenz vor.

2012 wird ein wichtiges Jahr für DIE LINKE in Berlin werden. Lasst es uns gemeinsam erfolgreich meistern!

**Klaus Lederer,**  
Landesvorsitzender DIE LINKE Berlin

**Am Sonntag, 15. Januar  
zu Karl und Rosa**

**Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg  
9 bis 13 Uhr Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde**

**DIE LINKE.**

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

## Ergebnisse der BVV

### ► **Anfragen u. a.:**

• Warum hat das Bezirksamt für die seit gestern vorliegende schriftliche Beantwortung der Großen Anfrage 0020/IV »Geld gegen Bekenntnis« vier Wochen benötigt, obwohl keine der gestellten konkreten Fragen, z.B. nach Anlass der Zweifel an der Verfassungstreue der Zuwendungsempfänger im Bezirk, beantwortet wird? Stimmt das Bezirksamt zu, dass es sich bei der geplanten Einführung einer Bekenntnisklausel für alle Zuwendungsempfänger, deren Mitarbeiter und Kooperationspartner um eine Grundsatzangelegenheit der Verwaltungspolitik des Bezirks handelt, die zwingend eine Beteiligung der Bezirksverordnetenversammlung erfordert und dass die in der Antwort auf die Große Anfrage in Aussicht gestellte Unterrichtung nicht ausreichend ist? Wie wird das Bezirksamt die Beteiligung der Bezirksverordnetenversammlung bei der Entscheidung über die Einführung einer »Bekenntnisklausel« sicherstellen?  
*DIE LINKE (0020/IV)*

• Welchen Stand hat der im Frühjahr 2011 dem BVV-Schulausschuss vorgestellte Entwurf des Inklusionskonzeptes für die bezirklichen Schulen? Wurden seitens des Senats zwischenzeitlich die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Inklusion konkretisiert? Welche Zeit- und Maßnahmenplanung hat das Bezirksamt zum jetzigen Zeitpunkt für die Entwicklung des Inklusionskonzeptes für die Schulen in Mitte?  
*DIE LINKE (0087/IV)*

• Welche Erkenntnisse hat das Bezirksamt darüber, ob und welche im Bezirk tätigen freien Träger die Selbstverpflichtung zur 10-Punkte-Transparenzcharta unterzeichnet haben? Plant das Bezirksamt künftig nur noch mit Trägern zusammenzuarbeiten, die den Verhaltenskodex Transparenz unterzeichnet haben?  
*DIE LINKE (0058/IV)*

### ► **Beschlossen:**

Als Bürgerdeputierte wurden für die LINKE in die Ausschüsse gewählt: Angela Berkheim-Kotzurek (Wirtschaft), Katja Beier (Kultur, Umweltschutz), Stephan Lang (Schule), Ulrike Freikamp (Gesundheit, Gleichstellung), Franziska Thieme (Integration), Christian Otto (Transparenz, Bürgerbeteiligung), Robert Bluhm (Soziale Stadt, Quartiersmanagement, Verkehr), Rüdiger Lötzer (Soziales, Bürgerdienste), Kai-Thomas Arndt (Sport), Falko Loeff (Stadtentwicklung)

### Bericht aus der BVV

## Bürgermeister wortkarg

**Das Thema gefiel dem Bürgermeister sichtlich überhaupt nicht. Schon zum zweiten Mal war er aufgefordert, vor der BVV Stellung zur so genannten Extremismusklausel zu beziehen, die SPD und CDU entsprechend ihrer Vereinbarung in Mitte einführen wollen. (Siehe Mittendrin 12/20 11)**

In der Novembersitzung war durch Zeitablauf unsere Anfrage nicht mehr beantwortet worden. Erst einen Tag vor der Dezembersitzung erreichte uns die kärgliche schriftliche Antwort. Darin drückte sich Bezirksbürgermeister Hanke mit zwei knappen Sätzen um die Beantwortung unserer vier Fragen herum. Inhalt seiner Antwort: es sei noch nichts beauftragt und die BVV werde in geeigneter Form unterrichtet! Das konnte so nicht hingenommen werden. Eine dringliche Anfrage der LINKEN und je eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion forderten den Bezirksbürgermeister (SPD) auf, sich politisch zu positionieren. Er suchte es tunlichst zu vermeiden und sprach vom »Gegacker in der BVV, obwohl das Ei noch nicht gelegt

sei«. Man kann sich seinen Unmut und seine Wortkargheit ja erklären. Das Signal, das vom sozialdemokratisch geführten Bezirksamt Mitte mit dieser Bekenntnisklausel ausginge, tut unserem Bezirk nicht gut und steht zudem im Gegensatz zur SPD auf Bundes- und Landesebene, die das Verfahren der CDU-Bundesministerin Schröder klar ablehnt. Sie war es, die die Extremismusklausel auflegte, die ja all diejenigen unterschreiben sollen, die Gelder aus Bundesprogrammen in Anspruch nehmen möchten, die Menschen, die sich gegen rechts engagieren wollen, unter Generalverdacht stellt. Mitte wäre mit der Forderung, von jedem Projektträger, der bezirkliches Geld erhält, seine Verfassungstreue zu beurkunden, Vorreiter für ein Vorgehen, das demokratiepolitisch fatal und kontraproduktiv ist und dem Geist unserer Verfassung widerspricht (Thierse). Mittes SPD hat sich durch die Vereinbarung mit der CDU in eine Zwickmühle manövriert. Da hilft nur ein klares Bekenntnis, Herr Bürgermeister: Das Ei ist faul und sollte gar nicht erst gelegt werden!

**Elke Reuter**

## Transparenz und Bürgerbeteiligung

**Neuer Ausschuss nimmt in der BVV die Arbeit auf**

**Das Thema Transparenz spielte im vergangenen Berliner Wahlkampf eine wesentliche Rolle.**

Viele BerlinerInnen können das Zustandekommen politischer Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen, sehen ihre Wünsche, Forderungen und Mitwirkungsmöglichkeiten ungenügend berücksichtigt. Die Entfremdung zwischen WählerInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen nimmt zu. Das Wahlergebnis der Berliner Piraten war auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem Politikstil der »etablierten« Parteien. Die BVV in Mitte reagierte mit der Schaffung eines neuen Ausschusses für »Transparenz und Bürgerbeteiligung«. Im Mittelpunkt der Arbeit sollen die Steigerung der Transparenz der Arbeit der BVV, die Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Bezirk und der Einsatz neuer technischer Möglichkeiten zur Förderung der ersten beiden Punkte stehen. Auf der ersten regulären Sitzung des Ausschusses im Dezember diskutierten die Ausschussmitglieder mit Vertretern der Berliner »Occupy-Bewegung«. Im Mittelpunkt stand die Unterstützung der Protestbewegung durch die BVV. Das Bezirksamt wurde von

allen Fraktionen aufgefordert, die Präsenz der »Occupy-Bewegten« im Bezirk zu unterstützen und nach geeigneten Formen zu suchen, die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Ebenso wurde der Antrag der LINKEN zur Schaffung der technischen Voraussetzungen für eine »Live-Übertragung« der BVV-Sitzungen im Internet unterstützt. Das Bezirksamt wurde weiterhin, auf Antrag der SPD, aufgefordert, die Schaffung eines öffentlichen W-Lan-Angebotes in den Rathäusern des Bezirkes einzurichten. Der darüber hinaus von der CDU geforderte Ausbau eines kostenlosen W-Lan-Netzes für den gesamten Bezirk wird den Ausschuss in den nächsten Wochen weiter beschäftigen.

**Thilo Urchs**

### DIE LINKE – BVV-Fraktion Berlin-Mitte

**Die Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden Montag von 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10.00 – 11.30 Uhr, im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.  
Telefon: 9 01 82 45 65

# Extremismusklausel im Bezirk Mitte?

**D**roht im Bezirk Mitte die Einführung der sogenannten Extremismusklausel? Eine Passage in der Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU im Bezirk Mitte lässt aufhorchen. Dort findet sich die Ankündigung, eine Regelung zu implementieren, nach der Zuwendungsempfänger und Partner in Projekten mit bezirklicher Beteiligung eine »schriftliche Erklärung zur Verfassungstreue« abgeben sollen.

Der Inhalt dieser Klausel wirkt eher wie ein Misstrauensvotum gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen. Eine Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure ist aber ohne eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe schwierig. Diese Akteure setzen sich unter hohem persönlichem Einsatz und teilweise unter Bedrohung durch Rechts-

extremisten für eine demokratische, menschenrechtsorientierte Gesellschaft ein. Ihren Einsatz für eine gesellschaftliche Atmosphäre des respektvollen Miteinanders stellen sie in der täglichen Arbeit vor Ort unter Beweis. Daher sollte ihnen eine Wertschätzung und Anerkennung ihrer Arbeit entgegengebracht werden. Auch rechtlich werden die durch Klauseln formulierten Bedingungen durch verschiedene Gutachten, so vom wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages oder zuletzt vom Juristischen Dienst des Sächsischen Landtags in Frage gestellt. Hier wird das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung als Fördervoraussetzung unter anderem als ein Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung charakterisiert. Erfahrungen mit der auf Bundesebene

eingeführten »Extremismusklausel« in Berlin zeigen, dass langjährige, allseits anerkannte Träger, die nachhaltige Entwicklungen in den Bezirken unterstützt haben als Partner nicht mehr für die Arbeit gegen Rechts zur Verfügung stehen. Im Ergebnis geht wertvolles Wissen der lokalen ExpertInnen verloren und es wird ein entmutigendes Signal an Akteure vor Ort ausgesandt. Dies sollte nicht das Ziel bezirklicher Politik sein.

Es gibt ein breites gesellschaftliches Unverständnis gegenüber jeder Form von »Extremismusklausel«. Der DGB, freie Träger der Jugend- und politischen Bildung, die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Muslime – sie alle wenden sich gegen diese »Klausel«. Es bleibt zu hoffen, dass der Bezirk sich auf eine Version verständigt, die den inhaltlichen ebenso wie den juristischen Bedenken Rechnung trägt.

**Ulf Bünermann, Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V.**

# Die große Verschleierung

*Ob die Verfassungsschützer noch lange in die falsche Richtung schauen?*

**S**eit einigen Wochen überschlagen sich Sicherheitsorgane, Politiker und Massenmedien in Entsetzen über die gewachsene Neonazi-Szene in der Bundesrepublik. Es ist sicher richtig, dass in den vergangenen Monaten einige Spitzen des neonazistischen Eisbergs besonders in Erscheinung traten. Das Problem lässt sich nicht länger unter den Teppich kehren.

Aber ist das alles so neu? Wohl nicht. Seit Gründung der Bundesrepublik war man stets darauf bedacht, alles, was links ist, zu bekämpfen. Rechts wurde übersehen. Ist ja auch kein Wunder: Nach 1949 waren Hunderte von SD- und Gestapo-Angehörigen in leitenden Polizeifunktionen tätig. Allein im Bundesland Nordrhein-Westfalen waren es über 200.

Im September 1963 schrieb das Organ der Industriegewerkschaft Metall bei Nennung einer Anzahl von Namen der beim Verfassungsschutz Beschäftigten: »Frühere SS-Führer, ehemalige Beamte und Agenten des berüchtigten SD sind an wichtigsten Stellen des Bundesverfassungsschutzamtes tätig.« Auch die DDR hat vielfach auf diese Tatsachen hingewiesen, unter anderem im so genannten Braunbuch. Zum Beispiel wurde nachgewiesen, dass ein gewisser Bundespräsident Heinrich Lübke KZ-Baumeister war. Namen wie Filbinger und Oberländer tauchten auf.

Dieser braune Geist zog sich durch die

Geschichte der Bundesrepublik. Alle, die sich dagegen wehrten, wurden verfolgt. Die konsequentesten Gegner, die Kommunisten, sollten 1956 mit dem KPD-Verbot kalt gestellt werden. Die Notstandsgesetze taten ein Übriges.

Der Verfassungsschutz und die anderen Geheimdienste der Bundesrepublik verstanden und verstehen sich als »Bollwerk gegen den Kommunismus«, oder gegen das, was sie als Kommunismus definieren.

Und die Situation ist heute nicht viel anders. Zwar sind die unmittelbar an den faschistischen Gräueltaten Beteiligten nicht mehr am Leben; ihr Geist lebt aber weiter. Wie sonst ist es zu erklären, dass zum Beispiel in Bayern und Rheinland-Pfalz vor wenigen Wochen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, da sie Verbindung zur DKP und anderen »linksextremistischen« Gruppierungen habe.

Nun gibt es in diesen Wochen eine Situation, die wenigstens teilweise Licht ins braune Dunkel bringt. Obwohl angeblich seit Jahren die Sicherheitsorgane des Landes die Terrorzellen und deren Verbindungen zur NPD beobachtet haben wollen, passierte erst mal nichts. Erst als bekannt wurde, dass die so genannte »Zwickauer Terrorzelle« für insgesamt zehn Morde verantwortlich zeichnet, kam Bewegung in die Sache. Zugleich wird versucht, den ideologischen Nährboden

für diese Taten, wie sie vor allem die NPD mit ihrem Ausländerhass liefert, klein zu reden. Wie anders ist es zu erklären, dass zwar über ein NPD-Verbot geredet wird, ein solches aber zerredet wird. Schließlich kann man eine »demokratische« Partei nicht so ohne weiteres verbieten. Beim KPD-Verbot 1956 ging das viel schneller, obwohl diese im Unterschied zur heutigen NPD mit einer Fraktion im Bundestag vertreten war... **Denis Ruh**

## Guter Rat für Bürger!

### Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

### mit Rechtsanwalt André Roesener:

- An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17 bis 19 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin.

- Ab Januar findet die Beratung wieder an jedem letzten Mittwoch im Monat von 17 bis 19 Uhr im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Pl., »Kleiner Saal« im Erdgeschoss statt.

**Termine im LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751**

- Jeden 1., 2., 3. und 4. Mittwoch im Monat: kostenlose Beratung zu **Hartz IV/Schuldnerfragen** sowie Wohnung/Miete durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich)

- Jeden Donnerstag ab 16 Uhr **Schüler-nachhilfe** für Schüler der 1. bis 7. Klasse (Anmeldung unter 28 70 57 51)

## Gebäude in Berlin

# Technikriese aus Moabit

Seit 100 Jahren wird hier schweres Industriegerät produziert

**D**ie imposante Werkhalle an der Ecke Hutten- und Berlichingenstraße erregte schon 1909 nach seiner Vollendung große Aufmerksamkeit. Damals war das hier ein für die AEG Turbinenfabrik errichtetes Gebäude, in dem Dampfturbinen in bis dahin nicht möglicher Größe entstanden. Das Bauwerk wurde als Meilenstein der Industriearchitektur gefeiert.

Heute dient die Halle der mechanischen Bearbeitung von großen Guss- und Schmiedeteilen sowie der Montage von Turbinenläufern für Kraftwerksgasturbinen der Siemens AG. Es werden hier Maschinen der Superlative gefertigt, die weltweit zu den leistungsstärksten ihrer Art zählen. Einmalig im Südteil der Halle macht das mit 13 Meter Höhe, 18 Meter Tiefe und 29 Meter Länge installierte größte Bohrwerk Europas die Fachwelt auf sich aufmerksam. Es hat im Sommer 2011 den Betrieb aufgenommen.

Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude in Moabit hat – wie die Produzenten sagen – auch weiterhin eine kraftvolle Zukunft vor sich, die Fachwelt sei sich darüber einig.

**Klaus Degen**



Hier montiert Siemens Turbinen für Kraftwerke



## Bei anderen gelesen

### ► So nicht hinnehmbar

Staat muss mehr gegen Altersarmut tun. Die Mehrheit unserer Leser erwartet vom Staat, dass er mehr gegen Armut im Alter unternimmt. Dieser Meinung sind 96 Prozent. Pfarrer Andreas Hofmann in Wedding hat volles Verständnis für die Forderung der Leser. Die Tendenz bei der Altersarmut ist steigend, das ist jetzt schon absehbar.

»Berliner Woche«, 09.12.2011

### ► Ausgeplaudert Weddinger Kiezkultur

Seit 1987 gibt es das Kiezkaffee in der Malplaquetstraße. Es wurde vom Quartiersmanagement Pankstraße und dem Verein Förderband e.V. Berlin unterstützt. Nun läuft die Förderung mit Geldern aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung aus. Das Erzählkaffee ist kulturelle Institution und soziale Begegnungsstätte in einem. Nun steht es vor dem Aus.

»taz«, 15.12.2011

### ► Ein Viertel der Berliner ist ausländerfeindlich

Eine neue Studie des Meinungsforschungsinstituts Info zeichnet ein erschreckendes Bild vom Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern in Berlin. Angeblich ist jeder vierte Berliner ausländerfeindlich. Besonders groß ist die negative Einstellung gegenüber Ausländern in Marzahn-Hellersdorf (48 Prozent) und Treptow-Köpenick (26 Prozent). 40 Prozent halten islamische und ein Viertel die jüdische Religion für eine Bedrohung für die deutsche Kultur.

»Berliner Zeitung«, 15.12.2011

### ► Schöner wohnen am Schifffahrtskanal

Noch gleicht die Gegend rund um den Hauptbahnhof mehr einer Ödnis als einem schicken, neuen Stadtquartier. Doch Stück für Stück wächst die Europacity. Im nächsten Jahr soll dort mit dem Bau der ersten Wohnungen begonnen werden. Sie sollen zwar hochwertig, aber keine riesigen Luxuspaläste werden. »Berliner Kuriers«, 16.12.2011



Jede Hilfe zählt

## Was Warmes braucht der Mensch

Wie jedes Jahr im Januar stolpern Ursula und Renate mit einem Einkaufswagen von „Plus“ durch die Lehrter Straße in Richtung Kältequartier der Berliner Stadtmission. Im Wagen sind Kaffee, Käse, Aufschnitt und Marmelade für die frierenden Gäste in der Kälteübernachtung. Bezahlt von den Spendengeldern der Basisorganisation Moabit und des Bezirksvorstandes DIE LINKE, Berlin-Mitte. Die ehrenamtlichen Helfer empfangen uns dankbar und nehmen die Spenden freundlich entgegen.

**Renate Jarmatz**

## Menschen in Mitte

# Anett Leach: »Auf gleicher Augenhöhe« mit den »Straßenkindern«

**D**reimal in der Woche warten Dutzende frierende und hungrige junge Leute vor der Tür der Torstraße 205. Viele kommen mit Hund, ihrem treuen Weggefährten. Zumeist sind sie obdachlos. Man trifft sie sonst auf dem Alex, auf dem Hackeschen Markt und an anderen Orten in Mitte, wo sie immer wieder von Polizei und Wachschutz vertrieben werden.

Anett Leach und ihr kleines Team empfangen sie im »Klik«, dem Kontaktladen für junge Menschen auf der Straße, mit heißem Kaffee oder Tee. Für die 36jährige Projektleiterin sind Verständnis, Respekt, eben »eine gleiche Augenhöhe« zu ihren Gästen, das A und O ihrer Arbeit.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 30 wärmen sich auf, duschen sich, füllen die Waschmaschinen mit schmutziger Kleidung, spielen Billard oder surfen auf den Computern. Von den Gaben der Berliner Tafel wird gemeinsam ein Abendessen bereitet. Alkohol, Drogen und Gewalt bleiben außen vor. »Das wohl Wichtigste ist das Sich-Wohlfühlen für ein paar Stunden, Fragen stellen und um Hilfe bitten zu können«, meint die diplomierte Sozialpädagogin und Sozialarbeiterin.

Eigentlich wollte sie schon als Kind Hebamme werden. »Aber es hat sich immer

so ergeben, dass ich nicht Babys zur Welt bringen half, sondern in den verschiedensten Einrichtungen sozial benachteiligten, ausgegrenzten, drogen- und alkoholabhängigen Menschen unter die Arme greifen konnte«. Solche wichtigen Erfahrungen, sogar ein Jahr Familienhilfe in einem Armenviertel bei Durban in Südafrika, gibt die gebürtige Stralsunderin heute an die »Straßenkinder« weiter, die meist familiäre Konflikte, Gewalt und Missbrauch erleben mussten.

## Von der Straße zum Abitur

Auf einem regelmäßigen »Plenum« an einem langen Tisch tragen die jungen Leute ihre Ängste, Sorgen und Bedürfnisse vor. »Wir begleiten sie auf Wunsch zu Ämtern, zum Jobcenter oder zur Drogenberatung«, zählt Anett Leach ihre Aufgaben auf. »Manchmal hilft schon ein Gespräch unter vier Augen. Wir laden ein zu Informationen über Erste Hilfe auf der Straße, auch wie man AIDS oder Hepatitis verhüten kann«.

Seit der Gründung von »Klik« vor 17 Jahren haben zahlreiche Ladenbesucher ihren eigenen Lebensweg gefunden. Einige holten über den dritten Bildungsweg das Abitur nach, viele fanden Arbeit und eine Wohnung. Einer ist sogar Matrose auf einem Schiff. »Das motiviert uns«, freut sich Anett Leach.



Projektleiterin Anett Leach

Trotzdem sorgt sie sich wie die anderen drei Sozialarbeiter ihres Teams um die Zukunft des Ladens: »Nur bis zum 30 Juni dieses Jahres ist »Klik«, dessen Träger der Berliner Jugendclub e.V. ist, finanziell gesichert. Ein Antrag auf Unterstützung liegt seit September beim Senat. Die Spenden für die hohe Miete, für Strom, Heizung und Wasser reichen nicht. Vom Projekt Streetnet Berlin, das von der Aktion Mensch des ZDF noch bis Ende 2012 gefördert wird, kommen die Gehälter.« Bleibt nur zu hoffen, dass der Zufluchtsort für die Wärme und Hilfe suchenden jungen Leute erhalten bleibt! Mehr Infos per Homepage [www.klik-berlin.de](http://www.klik-berlin.de) – dort findet man auch das Spendenkonto. **Matthias Herold**

## Kurzmeldungen

► **»eine äußerst unerfreuliche Hängepartie«** nannte Innensenator Henkel (CDU) die durch Gerichtsentscheid verhinderte Berufung des SPD-Wunschkandidaten Udo Hansen zum Berliner Polizeipräsidenten. Laut Klaus Wowereit »muss das Urteil ausgewertet werden«, ehe eine Entscheidung über das weitere Verfahren getroffen werden kann.

► **Neue Chance für den Kleinen Buchladen** Beinahe hätten Mietschulden von 14.000 Euro das Lädchen im Karl-Liebknecht-Haus in die Insolvenz getrieben. Birgit Hoffmanns Hilferuf weckte prominente Solidarität. Jan Korte, MdB der Linkspartei, und Hans Modrow meldeten sich mit einem Offenen Brief, Bundesgeschäftsführerin Caren Lay sicherte zu, dass künftig die Mietkosten übernommen werden. Zahlreiche treue Stammkunden, viele Bundes-

tagsabgeordnete, aber auch mancher gelegentliche Kunde schaut wieder öfter vorbei. Der Kleine Buchladen muss bleiben!

### ► Unser Wasser ist uns teuer

»Zu teuer« – hat die Kartellbehörde festgestellt. Die Preise müssen ab 2012 um 19 Prozent runter! Diese gute Nachricht für die Berliner hören die Wasserbetriebe gar nicht gern. RWE und Veolia – die beiden privaten Eigner – wollen vor Gericht ziehen und haben schnell Einspruch erhoben. Hinauszögern ist bares Geld fürs Wassermonopol. Und für das Land Berlin als Miteigentümer. Der Senat »hat sich noch keine abschließende Meinung gebildet«, so Wirtschaftsministerin von Oberritz. Das vor allem für die Privateigner sehr einträgliche Vertragspaket ist 1999 geschnürt worden. Vom damaligen schwarz-roten Senat.

### ► In den Krippen krabbeln mehr Kinder

Das Statistische Bundesamt zählte im März

2011: von den Kindern unter drei Jahren besuchten über 25 Prozent eine Krippe. Im März 2010 waren es 23 Prozent, im Jahr davor erst 20 Prozent. Krippenkinder sind in Deutschland ungleich »verteilt«. Für 2011 fanden die Statistiker heraus: In den westlichen Bundesländern besuchen 19,8 Prozent eine Krippe, im Osten mehr als doppelt soviel: 49 Prozent.

### ► Anleger vor unseriösen Geschäftsmachern schützen!

Das hatte die Bundesnotarkammer den Ländernotarkammern schon vor längerer Zeit nachdrücklich geraten. So sollten z.B. Verträge bei Immobiliengeschäften nicht aufgesplittet werden in Kaufangebot und -annahme. Fast alle Notarkammern der Bundesländer waren dieser Empfehlung gefolgt. Nicht so die Notarkammer Berlins. Nach dem Rücktritt von Ex-Senator Braun soll das nun nachgeholt werden.

# Ansturm auf Lebensmittel im Wedding

Immer mehr Ältere auf Unterstützung angewiesen



Sankt Paul ist eine der vier »Vorstadtkirchen« Schinkels

**A**cht Uhr morgens am Samstag auf dem Kirchhof der evangelischen Gemeinde Sankt Paul, Badstr./Ecke Pankstraße. Es herrscht geschäftiges Treiben. Große Lieferwagen bringen Paletten mit Obst, Gemüse und Brot. Auch ab und zu Milchprodukte, die noch in Ordnung sind, aber vom Handel bereits aussortiert wurden. Die Aktion »Laib und Seele« bietet hier in Zusammenarbeit mit der Berliner Tafel Lebensmittel an. Wer weniger als 940 Euro im Monat zum Leben hat, kann sich

**einmal in der Woche an den Ausgabestellen für einen Euro Lebensmittel abholen. Morgens warten die Besucher schon vor dem Haupteingang der Kirche. Sie ziehen dann Nummern und warten in der Kirche auf ihr Essen für die nächste Woche.**

Der Pfarrer der Gemeinde Sankt Paul stellt fest: »Vor sechs Jahren kamen 60 Bedarfsgemeinschaften regelmäßig zur Ausgabe. Inzwischen sind es 170. Immer mehr Menschen haben so wenig Geld zur Verfügung,

dass sie auch auf solche Unterstützung angewiesen sind.« An der Badstraße sind das Hartz IV-Empfänger, Mini-Jobber, Studenten und Altersgrundsicherungsempfänger.

## Warum die Aufgaben der »Tafeln« wachsen

Die Gruppe hilfsbedürftiger Altersgrundsicherungsempfänger wächst besonders schnell. Denn wer früher nicht von seinem Einkommen leben konnte – ob als »Aufstocker« (Minijob plus Hartz IV) oder als Erwerbsloser – kann auch als Rentner nicht ohne Unterstützung auskommen. Pfarrer Hofmann und seine Helfer sind überzeugt, dass die Aufgaben der Tafeln deswegen eher wachsen als abnehmen werden.

Die Rentenzahlungen werden insgesamt immer mehr zurückgefahren. Erhielt ein Berliner, der 1996 Rente beantragte, noch etwa 70 % des letzten Nettolohns, sind es inzwischen nur noch 50%.

Dem vor kurzem erschienenen Spezialbericht: »Zur sozialen Lage älterer Menschen in Berlin – Armutsrisiken und Sozialleistungsbezug« der Senatsverwaltung für Gesundheit ist zu entnehmen, dass die meisten armen Rentner Berlins im Wedding und in Kreuzberg wohnen. Während in Treptow-Köpenick oder Zehlendorf nur ca. jeder 70. Rentner Grundsicherung erhält, sind es in den ärmsten Teilen von Mitte, nämlich im Wedding oder im Gebiet Körnerstr. (Tiergarten) über 27 % der Senioren. Auch im Bezirk Mitte selbst nimmt die Polarisierung zwischen reichen und armen Wohngebieten zu.

**Rainer Scholz**

## Berlin – Manhattan – Berlin

Irene Runges Spaziergang

**D**ort landet der Direktflug am frühen Nachmittag, es überwältigt mich die Halbinsel Manhattan. Hastende Menschenmassen, Straßenlärm, würzige Gerüche, knallgelb strahlende Sonne und wolkiges Blau. Der Rückflug in Berlin kommt immer morgens an. Wie klein, leer, ruhig und sauber erscheinen da die Straßen. Und ich habe vergessen, wie tief Berlins grauer Himmel im Winter hängen kann.

Bei der Busfahrt von Tegel über Moabit nach Mitte sehe ich Schulkinder, auch Leute, die mürrisch irgendwohin gehen. Zu dieser Zeit steht die büroarbeitende Bevölkerung in Manhattan vor Imbißwagen Schlange, sind schnelle Frühstückslokale fast überfüllt. In Berlin sind die breiten Straßen von niedrigen Häusern gesäumt, für Autos und

Fußgänger bleibt viel Luft. Auf der New Yorker Halbinsel schieben sich eng an eng Taxen und Busse, sehe ich durch dichte Reihen heller Wolkenkratzer, wie die Stadt weiter nach oben strebt. Manhattan ist eng, Rempeln und Vordrängeln gehört nicht hierher. Aus Mangel an Grün entstehen neu und privat finanziert, gepflegte öffentliche Anlagen, die niemand zerstört. Es herrscht Sicherheit, auch dieses Kapital will geschützt sein. In Manhattan gilt time is money, in Berlin haben wir Zeit, auch Wehklagen gehört zum guten Ton. In Manhattan intensiviert sich das Arbeiten, ist die Zukunft unsicher, gelten neue Mietverträge für höchstens zwei Jahre. Bei Verlängerung wird draufgezahlt, wir hier halten unbegrenztes Wohnen für gutes Recht. Dass in Übersee die Krankenversicherung wie ein Lottogewinn

ist, weiß die ganze Welt. Dass diese in Berlin für den Zahnarzt gilt, können sie dort kaum glauben. Wenn ich sage, woher ich komme, werde ich jetzt bestaunt. Böhrlin halten sie für kreativ, klassisch und großherzig in einem.

Zwischen hier und dort verbinden die vielen Unterschiede. Was mir an Manhattan gefällt, ist seine unberechenbare Großartigkeit des Höher, Härter, Heller, Schneller, Bunter, Lauter, und ich bin ein paar Tage mittendrin. In der Fläche ist Manhattan kleiner als Berlin. Dort globalisiert die Straße, es zählen andere Selbstverständlichkeiten des Umgangs. Von neuen Staatsbürgern jeder denkbaren Nationalität erwarten sie, dass davon die Stadt bereichert wird. Nicht Einschmelzen der Verschiedenheiten, nicht melting pot, heißt es, sondern salad bowl, Salatschüssel, wenn aus ethnischer Vielfalt das Mit- und Nebeneinander gelebt wird. In Manhattan hörte ich diesmal mehr Spanisch als je zuvor. Fast wie in Berlin Mitte. Aber auch hier ist Englisch noch mehr vertreten.

# Erfahrungen der Regierungszeit werden in unsere Oppositionsarbeit einfließen

*LINKE will führende Oppositionskraft werden*

**D**as Jahr 2011 hat sich verabschiedet, seit 1. Dezember 2011 haben wir – hat Berlin – eine neue Regierung. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass diese neue Landesregierung regieren will, aber wie sie diese Stadt voranbringen will, bleibt völlig im Dunkeln. Als frisch in den Finanzausschuss gewählte Oppositionsministerin ist mein Blick geschärft.

Positiv finde ich zunächst, dass die SPD einige gemeinsame rot-rote Projekte erfolgreich verteidigt hat, es wird vorerst keinen neuen Kampf um Religionsunterricht an den Schulen der Stadt geben.

Es wird zukünftig auch die erste Gemeinschaftsschule in Reinickendorf und damit mindestens eine Gemeinschaftsschule in

jedem Bezirk, geben. Das Partizipations- und Integrationsgesetz wird umgesetzt.

Die Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit können ihre erfolgreiche und für die Stadt so wichtige Arbeit fortsetzen. Es ist ein Verdienst der LINKEN und der engagierten Akteure vor Ort, dass niemand wagt, diese Projekte und Initiativen in Frage zu stellen. Alle diese Projekte bleiben und sind wichtiger Teil der Berliner Stadtgesellschaft.

Anders sieht es beim Thema ÖBS aus. Hier feiert die CDU die Abschaffung der öffentlich geförderten Beschäftigung. Sie feiert, dass leistungsbereite Menschen, für die es auf dem sogenannten 1. Arbeitsmarkt keine Arbeit gibt, wieder nach Hause geschickt werden, statt sinnvolle und wichtige Arbeit für die Stadt zu leisten. Der Widerstand wird

groß sein und wir werden ihn bestmöglich unterstützen.

Es gibt also viel mehr zu verteidigen, als viele in der Stadt derzeit ahnen und wir werden unsere Oppositionsrolle sehr gut annehmen und fair, aber sehr hart gegenüber der neuen Regierung mit unserem Wissen und Können umgehen.

Wir werden das Thema Rekommunalisierung weiter energisch vorantreiben und den ehemaligen Koalitionspartner vor sehr schwierige Entscheidungen stellen.

Aber wir werden auch mit neuen Ideen und Initiativen auf uns aufmerksam machen, mit gut vernetzter Arbeit, die führende Oppositionskraft werden, auch weil wir uns nicht im Streit gefallen, sondern unsere Erfahrungen aus 10 Jahren Regierung effektiv nutzen werden.

Das wird auch funktionieren, wenn es uns die neue Regierung nicht so leicht macht, wie aktuell mit ihrem ideenlosen Fehlstart und dem ersten Rücktritt, nach nur 12 Tagen Amtszeit.

Ich freue mich auf diese Arbeit für die Stadt und für eine kluge LINKE in Berlin.

**Carola Bluhm**

## »Von der Ausländerarbeit zur Leitstelle für Integration und Teilhabe«

**A**m 07.11.2011 gab es eine Festveranstaltung im Roten Rathaus zum 30jährigen Bestehen des Büros des Berliner Integrationsbeauftragten. Im Dezember 1981 wurde in Berlin als erstem Bundesland die Stelle einer Ausländerbeauftragten eingerichtet. Prof. Barbara John hat dieses Amt über 20 Jahre geleitet. Mit ihrem Team hat sie Grundlagen der gesellschaftlichen Integration für damals als »Gastarbeiter« angeworbene Arbeitskräfte und ihre Familien, sowie die geregelte Aufnahme von Flüchtlingen und der Förderung der Beratungsstellen gelegt.

Nach der Wende wurde das Büro mit dem Amt der ersten Ausländerbeauftragten des Magistrats von Ost-Berlin, Anetta Kahane, zusammengeschlossen.

Seit 2003 koordiniert Günter Piening als »Beauftragter für Integration und Migration« die Neuausrichtung der Integrationspolitik. In Zusammenarbeit mit den anderen Senatsverwaltungen und den VertreterInnen von

zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde ein Integrationskonzept entwickelt und mit dem Landesbeirat für Integration und Migration ein Landesintegrations- und Partizipationsgesetz erarbeitet. An der Festveranstaltung hat auch Kerstin Liebich, Staatssekretärin für Integration und Arbeit, teilgenommen.

Einen Überblick über die drei Jahrzehnte bietet jetzt eine Ausstellung in den Räumen des Integrationsbeauftragten »1981–2011: 30 Jahre Arbeit für Integration und gesellschaftliche Vielfalt«. Sie beginnt bei den ersten Plakataktionen für das Miteinander von MigrantInnen und Alteingesessenen, den Aktionen gegen Diskriminierung und zeigt die vielfältigen Ansätze, in der Öffentlichkeit für eine moderne Einwanderungsgesellschaft zu werben.

Bei der Ausstellung wird auch die Plakatkampagne »Was ist deutsch?« vorgestellt oder die Berliner Einbürgerungskampagne. »Gegen Rechtsextremismus und Rassismus«, »Austausch mit Muslimen« und »Perspektiven

### Politische Bildung

**Sonntag, 16. Januar, 11–13 Uhr**

Kosmos Berlin, Karl-Marx-Allee 131  
*Politischer Jahresauftakt der Partei DIE LINKE und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*  
 mit Gesine Löttsch, Gregor Gysi, Klaus Ernst

**Sonnabend, 21. Januar, 10–17 Uhr**

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4  
*Eine Befreiungsbewegung wird Regierungsmacht – Konferenz und Filmreihe: 100 Jahre African National Congress*  
 mit Denis Goldberg, Hans-Georg Schleicher, Mercia Andrews u.a.

**Dienstag, 24. Januar, 10 Uhr**

Karl-Liebknecht-Haus, Seniorenclub,  
*»Der Euro und die Schuldenkrise – sind die Euroretter noch zu retten?«*  
 mit Christa Luft

für Flüchtlinge« sind weitere Themen der Ausstellung.

Das Büro des Integrationsbeauftragten befindet sich in der Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin-Mitte. **Kadriye Karci**

## Das ist das Letzte

Die letzten Auftritte der politischen Hauptdarsteller in Berlin waren ein Trommelfeuer von Knallfröschen: »Europa spricht deutsch!« »Deutschland muss Zuchtmeister statt Zahlmeister sein!« »Die EU steht auf einem Bein!« »Die schwarz-gelbe Koalition wackelt!« »Die stärkste Frau der Welt reitet auf dem schwächsten Esel aus dem Parteienstall.« »Die FDP übt Selbstmord!« »Die SPD schwankt zwischen Retter und Henker.« »Die Berliner Landesregierung startet mit Fehlstart.« »Bruchpilot von Guttenberg zeigt neue Flugübungen.« »Hat der Bundespräsident Dreck an der Weste?«

Nein, das System steckt im Sumpf! Das »Land der Ideen« sieht die Zukunft nur als Verlängerung der Vergangenheit, und die ist unbewältigt. Die Aufmarschstrecken der Neonazis sind mit hundert Leichen gepflastert. Die Helfer der Thüringer kommen aus Bayern. Atomstrom ist tödlich und nicht zu entsorgen. Statt Vorschulerzieher werden Tagesmütter gesucht. Statt Sozialwohnungen werden Stadtvillen gebaut. Statt den Güterverkehr auf Schiene und Flüsse zu legen, werden die Straßen blockiert. Die Weltreisen mit Helm und Granaten bleiben im Fahrplan. Die Lunte der Finanzkrisen brennt weiter. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Parlamente und Regierungen bleiben Geiseln der Banken. Die Bürger haben Mühe, die Machtverhältnisse zu durchschauen. Die »Wutbürger« pendeln zwischen Trotz und Resignation. Wo ist DIE LINKE? Sie hat ein taugliches Programm. Aber jeder Schritt Bewegung ist wichtiger als hundert Programme. Da hilft nicht, wenn wir mehr Häuptlinge als Inidaner haben.

Alle Neujahrsansprachen bitten am Schluss um Gottes Beistand. Aber Gott hat sein Handy abgestellt. Ihn nerven die alten Klagen der alten Verursacher, die nebenher die Erde abfackeln, zumindest bis 2050.

Vielleicht sitzt Gott beim Schach mit Opa Marx?

Artur Paul

### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte** der Partei DIE LINKE  
**Geschäftsstelle:** Kleine Alexanderstr. 28  
 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337  
**E-Mail-Adresse:** info@die-linke-berlin-mitte.de  
**Internet:** www.die-linke-berlin-mitte.de  
**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs  
**Satz + Druck:** Druckerei Bunter Hund, Berlin  
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.  
**Redaktionsschluss:** 21.12.2011  
**Ausgabebetrag für Nr. 02/2012 – 02.02.2012**



## Ein Abend am Kottbusser Tor

Auch außerhalb von Mitte gibt es was zu entdecken

Mitten in Kreuzberg

Ein Platz der anscheinend nie zur Ruhe kommt. Man hat das Gefühl, hier passiert ständig etwas und es gibt immer wieder etwas Neues zu entdecken. Tagsüber versorgen einen türkische Gemüsehändler mit Waren des täglichen Bedarfs. Auch findet man türkische Teestuben, eine arabische Falafelbude, sowie ein anatolisches Grillrestaurant. Der kleine Orient mitten im Herzen von Kreuzberg, die Bevölkerung besteht zur Hälfte aus Türken, Kurden und Libanesen. Abends locken die Bars mit ihren reichhaltigen Angeboten. So gibt es die »Paloma Bar«, von der aus man das Treiben aus dem ersten Stock bestaunen kann. Direkt am Bahnhof gelegen in einem der Wohnbeton-Bunker, die seit den Siebziger Jahren den Platz umragen. Die Einrichtung erinnert an Omas gemütliches Wohnzimmer und der kleine Raum bietet auch kaum Platz, um zu tanzen, denn von Zeit zu Zeit legt ein DJ auf und gegen Mitternacht ist die Bar so voll, dass man sich am Besten eine andere sucht. So zum Beispiel, gleich um die Ecke, in der Reichenberger Straße, die »Möbel-Olfe«. Die ursprünglich mal eine Fleischerei gewesen ist und deswegen auch innen gefliest ist. Zu lauter Musik kann man sich dann polnisches Bier bestellen und eine buntgemischte Besucherschar kennen lernen. Zwar keine Einheimischen, die hier wohnen, aber viele Engländer und weit gereiste Host-Packer, die

sich auf die weitere Nacht vorbereiten. Denn wenn man dann noch Lust hat, Tanzen zu gehen, empfiehlt sich der »Festsaal Kreuzberg«, in der Skalitzer Straße 130. Neben dem SO 36 die wichtigste Bühne für Konzerte, Veranstaltungen und Partys in Kreuzberg. Im Festsaal kann man dann von der Balustrade das Getümmel auf der Tanzfläche verfolgen. Im Keller befindet sich der FKK (Festsaal Kreuzberg Keller), ein weiterer, etwas kleinerer Tanzraum. Hier können sich die ganz jungen und neuen Künstler austoben und ausprobieren. Den Raum kann man für seine eigenen Veranstaltungen und Feiern buchen. Der Kotti, wie er liebevoll genannt wird, eignet sich sehr gut zum Weggehen, einfach nur Quatschen, lecker Essen, oder zum Abtanzen und Austoben.

Korinna Wunder

### Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 92. Ruth Tanneberger
- zum 89. Karl-Heinz Banach, Frieda Kästner, Kurt Meißner, Dora Scholz
- zum 88. Harald Morgenstern
- zum 86. Ilona Jechow
- zum 85. Otto Brandstädter, Horst Knieststedt, Elisabeth Meier, Helmut Schindler, Horst Schütze
- zum 84. Bruno Sedlaczek, Werner Theuring
- zum 83. Siegfried Büttner, Rudolf Dürr, Horst Haase, Inge Jacobeit, Erhard Scherner, Lilly Thielers
- zum 82. Renate Drenkow, Johanna Kayser, Lutz Schäfer, Horst Tetzner
- zum 81. Dietrich Ehrentreich, Traute Gscheidle, Magda Schlieffke, Edith Spitzer, Hans Voß
- zum 80. Irmgard Falk, Günter Spenke, Ingeborg Teubner
- zum 75. Doris Barth, Ursula Poetke, Helga Sobisiak, Anita Wolf

### DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet !

► [www.dielinke-berlin-mitte.de](http://www.dielinke-berlin-mitte.de)  
 Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »Mittendrin« zum Herunterladen.

### DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet !

► [www.linksfraktion-berlin-mitte.de](http://www.linksfraktion-berlin-mitte.de)  
 ► Bezirksverband Mitte – Facebook  
 Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neusten Stand.